



Bildung in Stadt und Landkreis

Nr. 7 - April 2018



Bildungsmut-Kampagne der SPD-Fraktion

Die SPD-Fraktion im Landtag beginnt in diesem März eine neue Kampagne um das Bildungsangebot in Baden-Württemberg zu stärken und Wege zur Verbesserung zu finden.

Unter dem Titel „Bildungsmut – Weil Schule mehr kann“ wird die Fraktion versuchen jenseits ideologischer Vorstellungen jene Punkte heraus zu arbeiten, an denen die Bildung im Land wirklich verbessert werden kann. Fraktionsvorsitzender Andreas Stoch fasst das Ziel der Kampagne so zusammen: „Unsere Kitas und Schulen sind so viel mehr als nur Orte der Aufbewahrung und Wissensvermittlung – sie sind Lern- und Lebensraum mit großen Herausforderungen.



gen. Gute Bildung muss sich daran orientieren, was unsere Kinder für ihr Leben und eine gute Zukunft brauchen. Bildung soll in der Wahrnehmung der Menschen nicht länger Spielball ideologischer Debatten sein, sondern Gegenstand einer möglichst wissensbasierten Diskussion werden.“

Als erster Ansatz werden die SPD-Bildungspolitiker in diesem Jahr zu zahlreichen Gesprächen in das Land hinausgehen. Hierbei wird auf der lokalen Ebene mit den Akteuren des Bildungssektors das Gespräch gesucht und den Fragen nachgegangen was gute Bildung benötigt und wie man diese Veränderungen umsetzen kann. Schwerpunkte der Diskussion werden dabei vor allem die Fragen der kostenlosen Bildung in der Kita, Schulausstattung und Schulbau, Digitalisierung der Schule, aber auch der Umgang mit zunehmender Heterogenität in der Schülerschaft und die damit verbundene stärkere individuelle Förderung. Qualitätsentwicklung an den Schulen wird aber ebenso eine Rolle spielen, wie die Frage der schulischen Profilbildung. Im Gegensatz zur Landesregierung soll mit dieser Kampagne nun nicht mehr eine bildungspolitische Rolle rückwärts vorgenommen werden, sondern gemeinsam mit Lehrern, Schulen und Eltern nach vorne geblickt werden. Besonders der persönliche Weg in die Regionen setzt dabei einen klaren Akzent gegen den sehr herrischen und zum Teil rüden Umgangston den das Kultusministerium unter Ministerin Eisenmann führt.

Ausgewählte Termine in der Region

17.04.2018

Demokratie-Forum mit Rainer Hinderer

Wo?: Technisches Rathaus Heilbronn

21.04.2018

Kreisparteitag zur Gesundheitspolitik mit Rainer Hinderer

Wo?: Stadthalle Plochingen

01.05.2018

Demonstration zum 1. Mai Heilbronn

Wo?: Karlsstraße Heilbronn

11.05.2018

Mit Gall unterwegs... „Besuch der Brückenbaustelle an der Neckarbrücke der A6“ mit Reinhold Gall

Wo?: A6-Baustelle Heilbronn

Impressum

Wahlkreisbüro Reinhold Gall und Rainer Hinderer

Wilhelmstr. 3 74072 Heilbronn
Tel: 07131/5943071

Mail: info@reinhold-gall.de
info@rainer-hinderer.de

Unsere anderen Newsletter und weitere Informationen finden Sie unter:
<http://www.reinhold-gall.de>

Schulen müssen eigenständiger Arbeiten können...

...Diese Aussage wirkt fast schon seltsam, wird doch Eigenverantwortung und möglichst flache Hierarchien landauf, landab als Möglichkeit gesehen, Organisationen effizienter zu machen. Für unsere Schulen gilt diese Idee jedoch bis heute nicht. Die aktuelle Studie von FORSA zur Zufriedenheit von Lehrkräften spricht da Bände. 87 % der Befragten gaben an, dass die Schulpolitik an der Realität in den Schulen vorbei arbeite. Die SPD leitet daraus den Schluss ab, dass die Schulleitungen mehr Selbstständigkeit erhalten müssen. Der gegenwärtige Kurs des Kultusministeriums weist jedoch vollständig in die entgegengesetzte Richtung. Nicht mehr Verantwortung für die Schulen, sondern ein möglichst direktes Durchregieren bis in jedes einzelne Klassenzimmer. Das mit einer solchen Politik die Probleme der Schulen vor Ort nicht gelöst werden können scheint offensichtlich. Eine der wichtigsten Forderungen ist tatsächlich die Grundlagen dafür zu schaffen, dass überhaupt jede Schule wieder einen Schulleiter bekommt. An hunderten von Schulen im Land fehlt zurzeit eine Schulleitung, besonders dramatisch ist diese Situation im Grundschulbereich, wo nur noch schwer Lehrkräfte gefunden werden können, die diese verantwortungsvolle Aufgabe übernehmen wollen. Es ist den Pädagogen auch kaum zu verübeln, dass sich niemand findet. Schließlich erhöht sich der Arbeitsaufwand für Schulleitungen drastisch, wobei gleichzeitig hierfür nahezu kein höheres Gehalt gezahlt wird. Hier müsste zuerst angesetzt werden und der Posten des Schulleiters endlich wieder attraktiver gestaltet werden, sprich die Besoldung verbessert werden. Gerade in Zeiten voller Kassen muss die Landesregierung hier ein Zeichen setzen. Es muss auch darüber nachgedacht werden die Schulleitungen, gerade an Ganztageschulen, zu entlasten,

indem Verwaltungsleiter die Organisation des Schulalltags unterstützen. Schulleiter müssen aber ihre Schulen auch aktiv verändern können. Dazu benötigen sie mehr personelle Entscheidungskompetenz. Über mehr schulscharfe Ausschreibungen muss den Schulleitungen ein Mittel gegeben werden, das sich das



Personal auszusuchen, dass zu Schule, Umfeld und Kollegium passt. Es ist ebenso darüber nachzudenken das individuelle Budget, über das Schulleitungen entscheiden können, zu erhöhen. So lassen sich auch in der Ausstattung der Schule Schwerpunkte bilden und besser auf örtliche Gegebenheiten eingehen. Ein letztes wichtiges Kriterium ist der verstärkte Einfluss auf Fort- und Weiterbildungen. Schulen müssen in die Situation versetzt werden, eigene Fortbildungen zu planen und anzubieten, um auf pädagogische Situationen besser reagieren zu können. Die Aus- und Fortbildung der Schulleitungen zu verbessern gehört ebenso zu diesem Thema. Die Schulleitungen müssen endlich auf die Managementaufgaben einer großen Schule vorbereitet werden. Auch dadurch kann die Schule besser und effizienter werden. Die Landesregierung sollte endlich Schritte ergreifen die Schule eigenständiger und handlungsfähiger zu machen.

Aktuelles

Zustände an der Hochschule für Verwaltung Ludwigsburg. Es überrascht nicht wirklich, dass laut aktueller Umfrage der Deutschen Steuergewerkschaft 244 Absolventinnen und Absolventen der Hochschule für Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg nur eine Note 3 bis 4 attestieren und von einem großen Teil ihrer Professorenschaft ein schlechtes Bild zeichnen. Für SPD-Obmann Sascha Binder ist die andauernde Untätigkeit der zuständigen Wissenschaftsministerin Theresia Bauer schon lange nicht mehr nachvollziehbar. Spätestens nachdem im vergangenen November zwei Professoren ein äußerst negatives Zeugnis von den weiter anhaltenden Zuständen an der Hochschule und von Teilen des Kollegiums abgelegt haben, hätten Bauer und ihr Ministerium aktiv werden müssen. Wenn man diese Hochschule noch retten will, dann müsse die Wissenschaftsministerin ganz schnell die dauerhaft subversiv arbeitenden Kräfte der Professorenschaft stellen. „Hochschulautonomie hin oder her. Eine nicht unkritische Masse von Professorinnen und Professoren tanzt auch dem jetzigen Rektor wieder auf der Nase herum und macht, was sie will“, erläutert Binder. Nun sei das Ministerium als oberste Dienstaufsicht gefragt, schnellstmöglich Akzente zu setzen, diesen Kreis der subversiven Kräfte zu sprengen und einzelne Professoren an andere Hochschulen oder in den Finanz- und Innendienst zu versetzen.